

## "Wir brauchen mehr Hilfe"



**Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat Deutschland für die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung gedankt. "Auf diese Hilfe sind wir angewiesen", sagte er im ZDF-Interview. "Und in der jetzigen Situation brauchen wir sogar noch mehr finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung."**

**heute.de:** Sie werden die deutsche Regierung und die Kanzlerin treffen. Was ist Ihre wichtigste Botschaft an sie?

**Mahmud Abbas:** Bundeskanzlerin Merkel und ich haben schon sehr lange gute Beziehungen. Wir haben uns in Berlin getroffen, aber auch außerhalb, beispielsweise bei den Vereinten Nationen. Und wir haben uns immer ehrlich in der Nahost-Frage ausgetauscht. Frau Merkel hat uns Palästinensern immer ihre Sympathie bekundet, sie hat immer internationales Recht als Grundlage für eine Lösung gesehen und sie will, dass die Zweistaatenlösung Realität wird. Sie ist, wie auch andere europäische Länder, gegen die israelische Siedlungspolitik.

Auch unsere bilateralen Beziehungen sind sehr gut. Wir würden gerne die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen ausweiten, verbessern. Wir sind Deutschland auch sehr dankbar für die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung, die direkt kommt oder über die EU. Auf diese Hilfe sind wir angewiesen und in der jetzigen Situation brauchen wir sogar noch mehr finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung.

Wir brauchen auch die klare Weiterentwicklung bestimmter politischer Positionen in Europa. Beispielsweise sind die israelischen Siedlungen aus europäischer Sicht illegitim, also sollten die Produkte aus den Siedlungen ebenfalls so behandelt werden. Außerdem bemühen wir uns um die Anerkennung des Staates Palästina in mehr europäischen Ländern. Zehn europäische Länder haben unseren Staat anerkannt, auch Schweden, der Vatikan. Jetzt werden wir Deutschland und Frau Merkel bitten, Palästina als Staat anzuerkennen. Wir werden mit ihr ganz offen über dieses Thema sprechen.

**heute.de:** Es ist ja noch nicht ganz klar, welche Richtung die neue US-Regierung beim Thema Nahost einschlagen wird. Sie haben kürzlich mit US-Präsident Trump am Telefon gesprochen und den neuen amerikanischen Nahost-Gesandten Jason Greenblatt getroffen. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

**Abbas:** Wir wussten ja zunächst nichts über Herrn Trump und seine Haltung, mal abgesehen von seinen Äußerungen im Wahlkampf. Besonders heikel war seine Idee, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Aber wir haben beschlossen, nichts über ihn und seine möglichen Positionen öffentlich zu sagen. Wir wollten abwarten, bis er im Weißen Haus sitzt und mit uns Kontakt aufnimmt. Dann hat er doch noch nicht die Botschaft verlegt, seine Leute sollen wohl erst recherchieren und abwägen. Das heißt, es eilt wohl nicht sehr.